

„Wesermarsch nicht abhängen“

INTERNET Breitbandbüro der Bundes spricht sich für Koordinator im Kreis aus

In Städten und größeren Orten ist die Breitband-Versorgung gut. Doch auf dem Land ist sie nicht mehr zeitgemäß.

VON HENNING BIELEFELD

RODENKIRCHEN/WESERMARSCH

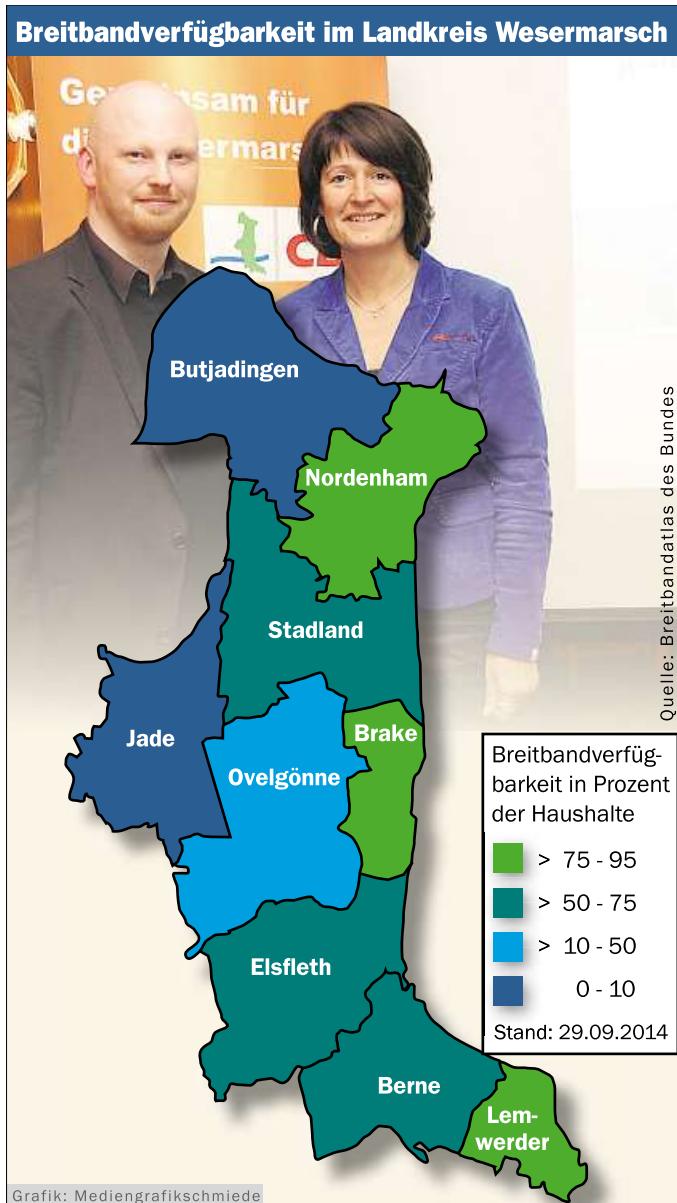
– Mitten in Rodenkirchen gibt es keine Probleme mit der Internet-Versorgung. Aber ein paar hundert Meter weiter draußen sieht es dramatisch schlechter aus. Doch das soll nicht so bleiben, denn bis 2018 will die Bundesregierung eine flächendeckende Versorgung mit einer Übertragungsrate von 50 Megabit pro Sekunde erreichen – so gut wie mitten in Rodenkirchen.

Damit können sich Internet-Nutzer beispielsweise Filme ansehen. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg, und die Wesermarsch ist spät dran. „Es besteht dringender Handlungsbedarf“, betonte die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen am Dienstagabend in Albrechts Hotel.

100 Millionen Euro

Gastreferent der hochkarätigen, aber schwach besuchten Veranstaltung der Abgeordneten war Tim Brauckmüller, der Geschäftsführer des Breitbandbüros der Bundesregierung, das die Internet-Offensive koordiniert. Er sagte, die Kreisverwaltung müsse einen Breitband-Koordinator benennen, der alle Beteiligten zusammenbringt und sich daran macht, Fördermittel einzuwerben. Denn billig wird der Breitband-Ausbau nicht: Er wird in der Wesermarsch zwischen 100 und 150 Millionen Euro kosten.

Das Geld wird nicht investiert, damit sich Internet-Freunde Filme ansehen können. Für die Wesermarsch gehe es darum, wirtschaftlich den Anschluss nicht zu verlieren, sagte Astrid Grotelüschen, denn die Digitalisierung sei ein harter Standort-



Die Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen und der Breitbandbüro-Geschäftsführer Tim Brauckmüller informieren über die Breitband-Versorgung.

GRAFIK: MEDIENGRAFIKSCHMIEDE

faktor. In Zukunft würden immer öfter Maschinen mit Maschinen kommunizieren, und dafür werde schnelles Internet gebraucht.

Auch der Arzt werde angesichts sinkender Medizinerzahlen auf dem Land kaum noch Hausbesuche machen können, sondern sich per Internet an den Patienten wenden und das Rezept anschließend in der Apotheke ausdrucken. Auch dafür rei-

chen die derzeitigen Kapazitäten nicht annähernd aus.

Privat finanziert

Tim Brauckmüller sagte, dass derzeit 64,1 Prozent aller 43 Millionen Haushalte in Deutschland eine Übertragungsrate von 50 Megabit pro Sekunde haben. Weil die Internet-Versorgung – anders als etwa der Straßenbau – nicht von der öffentlichen

Hand, sondern von gewinnorientierten Unternehmen finanziert werden muss, wird der dünn besiedelte ländliche Raum stiefmütterlich behandelt. Nach den Zahlen von Tim Brauckmüller haben 82,3 Prozent aller großstädtischen Haushalte eine Datenübertragungsrate von 50 Megabit pro Sekunde, aber nur 48,7 Prozent aller kleinstädtischen Haushalte und lediglich 20,5 Prozent aller Haushalte auf dem Land.

Dieser Zustand wird sich nicht wesentlich ändern, wenn allein die Unternehmen gefragt sind. Denn die verbleibende Breitband-Verkabelung kostet rund 20 Milliarden Euro, von denen 8 Milliarden auf die besonders abgelegenen restlichen 5 Prozent der Haushalte entfallen. Eine reine Versorgung mit Glasfaserkabeln bis zur Haustür würde bundesweit sogar 70 bis 80 Milliarden Euro kosten. Für 20 Milliarden gibt es einen Technik-Mix aus Glasfaser, Kupferdraht und Funk.

Am 1. Januar 2016 soll das Breitbandinfrastrukturgesetz in Kraft treten, das die Kommunen verpflichtet, bei allen Bauprojekten Leerrohre für Kabel zu verlegen. Finanziert werden kann der Breitband-Ausbau auf dem Land durch großzügige Förderungen von Bund und Land sowie durch Kredite etwa von der KfW. Ein Teil der Fördermittel wird mit dem Verkauf von Mobilfunk-Lizenzen verdient; erwartet werden insgesamt 1 bis 3 Milliarden Euro.

Als nachahmenswertes Beispiel schilderte Tim Brauckmüller, dass fast alle Landkreise in Schleswig-Holstein den Breitband-Ausbau auf 30 Jahre vorfinanzieren und die Leitungen dann an die Internet-Anbieter verpachten und so das Geld wieder hereinholen. Wie es in der Wesermarsch weitergehen könnte, sollte am Mittwochmorgen auch ein Treffen von Astrid Grotelüschen mit Vertretern aus allen Kommunalverwaltungen in ihrem Wahlkreis in Delmenhorst zeigen.